

Bezugspreis:

Monatlich 3,30 RM.
Bei den Abonnenten
nachst. Preisgeld)
3 RM.
Abnahme täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
H. Ehr. Sommer,
Bad Gmü.

Emser Zeitung



Preise der Anzeigen:

Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 St.
Kleinzeile 30 St.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gmü, Admstr. St.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Rich. Hein, Bad Gmü.

(Kreis-Anzeiger)

(Lahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 281

Bad Gmü, Samstag, den 6. Dezember 1919

71 Jahrgang

Letzte Nachrichten.

Die Verhandlungen mit der Entente.

Mz. Paris, 5. Dez. Nach dem „Temps“ hat die deutsche Regierung der Friedenskonferenz eine Note zugehen lassen, wodurch die Mitteilung des Obersten Rates am 1. 12. betreffend die Rüstungen Deutschlands beantwortet wird. Der Oberste Rat hat die Note noch nicht geprüft.

Mz. Amsterdam, 5. Dez. Nach einer Meldung des Reichsbüros Radio gestand der Oberste Rat in Paris der deutschen Regierung für die Antwort auf die Bedingungen der Alliierten eine Verlängerung der Frist von 6 Tagen bis zum 8. Dezember zu.

Notiz über die Baltentruppen.

Mz. Berlin, 6. Dez. Ueber die Stellung der Reichsregierung zu den aus dem Baltikum heimkehrenden Truppen erklärte Kossel, es sei möglich, daß mancher von den Heimkehrenden, wenn er sich zu 12jähriger Dienstzeit verpflichtet, Ausnahme in der Reichswehr finde. Für Offiziere habe er sich in jedem Falle die Entscheidung vorbehalten.

Nachrichten aus Tirol.

Mz. Berlin, 6. Dez. Aus Wien wird berichtet, daß bei den gestrigen Steuerunruhen in Innsbruck die Gendarmen und Polizei den Demonstranten nicht gewachsen waren. Eine italienische Abteilung schritt ein. Die italienischen Soldaten gingen mit aufgepflanztem Laponek und die Offiziere mit vorgehaltenem Revolver gegen die Menge vor. Eine italienische Offizier und mehrere Soldaten wurden dabei durch Stockhiebe verletzt.

Erzberger über die Reichsfinanzen.

Die Nationalversammlung.

(Schluß.)

Reichsminister Erzberger fortsetzend:

Hand in Hand mit der Vermehrung der Steuern und der Ausgestaltung des Steuersystems geht dann die Reform der Steuerverwaltung, die bereits im Gange ist. Was ich von den ersten Tagen meiner Amtverwaltung an mit aller Energie angestrebt habe, das ist die reichseigene Steuerverwaltung. Es ist ein Mangel des alten Systems gewesen, daß das Reich so wenig Steuern bezieht, und daß es nicht einmal die selbständige Verwaltung dieser wenigen Steuern hatte. In Zukunft wird umgekehrt das Reich der erste Steuerkonzentrat sein. Diese reichseigene Steuerverwaltung und Steuerverwaltung entspricht vollkommen dem Wandel im staatlichen Aufbau Deutschlands. Unmittelbar vor dem Kriege hatte das Reich einen Bedarf von etwa 40 Prozent aller Steuereinnahmen, Länder und Gemeinden forderten 60 Prozent. Jetzt liegt das Verhältnis nicht nur umgekehrt, sondern man kann etwa sagen, daß 75 Proz. des Steuerbedarfes auf das Reich und 25 Prozent auf Länder und Gemeinden entfallen werden. Wenn die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag sich erst voll bemerkbar machen, wird das Reich mindestens vier Fünftel des Steuerbedarfes auf sich vereinen, während nur ein Fünftel bei den Gemeinden und Ländern noch liegen wird.

Ich verkenne nicht — und habe dies auch schon in Wien hervorgehoben —, daß es für Länder und Gemeinden ein große Opfer bedeutet, auf das Erstverfügungsrecht bei den großen direkten Steuern zu verzichten. Aber das Opfer muß gebracht werden. Wenn das Reich nicht entfallen kann, dann ist es auch nicht möglich, daß Länder und Gemeinden, daß das gesamte Ganze gedeihe. Das Reich wird immer mehr der Hüter und Wächter aller materiellen Interessen der Nation, während die tiefsten kulturellen Aufgaben den Ländern und Gemeinden verbleiben werden. Das Reich nimmt aber nicht bloß den Ländern und Gemeinden etwas weg, sondern es ist sich voll seiner Verpflichtung bewußt, daß es als Gegengabe dafür auch für den Finanzbedarf der Länder und Gemeinden sorgen muß. Die diebischliche Regelung ist vorgesehen im Landessteuergesetz. Durch dieses Gesetz wird eine neue Veranlagung des Ertragssteuereinkommens der Steuergebiete zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vorgesehen. Länder und Gemeinden, sowie Gemeindeverbände sind auch in der Zukunft noch berechtigt, monderlei Steuern aus sich heraus zu erheben. Das Gebiet der alten Ertragssteuern, also die Grund-, Gebäude- und Gewerbebesteuerung, bleibt bei den Ländern und Gemeinden. Länder und Gemeinden werden sodann zur Einführung einer Vermögensbesteuerung schreiten müssen, deren Ausgestaltung innerhalb eines gewissen Mindestrahmens gestattet bleiben wird. Dazu kommen dann noch einige kleine kleinere Steuerquellen, welche den Ländern und Gemeinden auch in der Zukunft noch zustehen werden. Nahezu unbefristet, Ertragssteuern auf neue Steuern bleibt den Ländern und Gemeinden.

Die Hauptentnahmen der beiden Steuerwaltungen werden sich an der Besteuerung des Einkommens. Wenn die Einkommenbesteuerung so durchgeführt wird, wie sie geplant ist, wenn weiter die Erträge der statistischen Berechnungen entsprechen, dann würden Länder und Gemeinden aus der Einkommensteuer fast genau soviel bekommen, als die sämtlichen Steuern im Reich, Ländern und Gemeinden vor dem Kriege ertragen haben. Daraus sieht man schon, daß durchaus nicht daran gedacht ist, den Ländern und Gemeinden ihre kulturellen Aufgaben zu beschneiden. Neben der Einkommensteuer werden Länder und Gemeinden auch noch Anteile erhalten aus anderen Reichsteuern, so aus der Erbschaftsteuer 20 Prozent, aus der Grundvermögenssteuer 50 Prozent, aus der Umsatzsteuer 15 Prozent. Auch diese Anteile sind nicht gering einzuschätzen,

Wenn man dieser Steueranstellung der Länder und Gemeinden wie sie hier geplant ist, das entgegenhält, was diese Steuergewalten vor dem Kriege aus der Besteuerung bezogen haben, so wird man sagen müssen, daß Länder und Gemeinden ob der Fürsorge des Reiches wirklich froh sein können. Die neue Verteilung der Steuern wird Länder und Gemeinden bis zu einem gewissen Grade zur Sparsamkeit erziehen.

Die ganze Reform des Steuerwesens soll nicht nur eine Lastenabnahme für den Steuerzahler sein, sondern sie soll auch in jeder Hinsicht dahin wirken, daß die Interessen des Steuerzahlers, soweit nur irgend möglich, gewahrt werden. Dahin gehört, was schon gesagt worden ist über die sozial gerechte Verteilung der Steuerlast, dahin gehört weiter die Auswirkung des Prinzips der Gleichmäßigkeit in der Steuerbelastung. Wir waren auf dem besten Wege, daß eine Art von Proletarisierung einzelner Erwerbskräfte einsetzte, und daß sich die Rentnerkräfte über die anderen erhoben. Durch die gleichmäßige Erfassung aller werden naturgemäß auch zahlreiche Besteuerungsmöglichkeiten ausgenutzt werden, die bisher noch brach liegen geblieben sind. Wenn alle gleichmäßig erfaßt werden, so werden die Rentnerkräfte ein ganz anderes Quantum an Einkommensteuer aufbringen als bisher. Eine solche Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit in der Besteuerung ist m. E. auch am ehesten geeignet, wieder die Steuermoral zu heben. Ich werde mich durch keine Angriffe davon abhalten lassen, die Ziele der Ehrlichkeit in der Besteuerung mit allem Nachdruck zu verfolgen und zu verwirklichen. Die Bequemlichkeit der Steuerzahler soll bei dieser Reform nicht vergessen werden.

Es sind schwere, fast allzu schwere Lasten, welche von unserem Volke in der Zukunft getragen werden müssen. Das Interesse des gesamten Volkskörpers geht dem Interesse des einzelnen vor. Es ist notwendig, daß jeder einzelne von dem Bewußtsein getragen ist: Nur wenn das Volksganze wieder gedeiht, ist auch mein individuelles Wohl gesichert. Im engsten Zusammenhang damit steht die weitere Tatsache, daß in der Zukunft nicht mehr der Besitz die herrschende Rolle spielen wird wie früher, sondern daß die Arbeit das ausschlaggebende Element im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben der Zukunft bilden wird; die Arbeit in jeder Form angefangen von der einfachsten Arbeit des Tagelöhners bis hinauf zur Tätigkeit des Gelehrten, zur ingenieurhaften Leistung des Künstlers und des Erfinders. Die wertvolle Arbeit des gesamten Volkes muß in der Besteuerung soviel als nur irgendmöglich berücksichtigt werden. Der Besitz aber muß sich darüber klar sein, daß er entsprechend seiner höheren Leistungsfähigkeit auch ein viel größeres Maß an Lasten übernehmen muß. Die Steuerreform soll durch diese Vollbelastung des Besitzes den großen Gedank zum Ausdruck bringen, daß ein jeder, der schaffen und wirken kann, auch verpflichtet ist, an der Erneuerung des Wirtschaftslebens und des Volkswohls tatig beizutragen, daß dagegen ein gemächliches Rentnerdasein unter den heutigen Umständen nicht mehr Raum hat. In diesem Sinn wird die Steuerreform einen nicht geringen Anteil erhalten an der großen Aufgabe, aus den Trümmern des Krieges ein neues Deutschland aufzurichten, den Sozialismus der Zukunft (Vollfall im Zentrum.)

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, in welcher darauf hingewiesen wird, daß eine sofortige Stellungnahme zu den neuen Steuerentwürfen, die erst studiert sein müßten, nicht möglich sei, wird die nächste Sitzung auf Freitagmittag 1 Uhr anberaumt mit der Tagesordnung: Steuerdebatte.

Die Verhandlungen mit der Entente.

Neue mündliche Verhandlungen. Auf die letzte Note der Entente wird, wie das „Berliner Tageblatt“ von zuständiger Stelle erzählt, die deutsche Regierung nicht in Form einer Note antworten, sondern versuchen, durch mündliche Besprechungen zur Einigung zu kommen. An Freiherrn von Lerchen sind schon Instruktionen erteilt worden. Die ersten Besprechungen haben bereits in Paris begonnen, von Simson wird voraussichtlich nicht nach Paris zurückkehren.

Eine Note der Alliierten gegen die deutsche Sicherheitswehr.

Dem deutschen Vertreter in Paris ist folgende Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen:

Alle bis heute eingegangenen Nachrichten besagen übereinstimmend, daß die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorwärt und verdichtet. Außer der Reichswehr werden unter dem Namen Sicherheitspolizei stehende Streitkräfte geschaffen, die sämtliche Kennzeichen und den Wert ausgewählter militärischer Streitkräfte haben. Diese Streitkräfte werden von Stäben befehligt und verwaltet, die aus militärischem Personal zusammengefaßt sind. Diese Formationen haben sonach, obgleich sie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihrer angeblichen Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Aufstellung verstößt gegen den Artikel 162 des Vertrages.

Außerdem bildet Deutschland unter dem Namen „Freiwillige und Einwohnerwehr“ Rekruten, die Kontrollverordnungen und militärischen Übungen unterworfen sind und mit Waffen- und Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen stehen mit der Gewalt der militärischen Bestimmungen, namentlich mit dem Artikel 178 des Vertrages in Widerspruch.

Die alliierten und assoziierten Regierungen machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß diese dem Geiste und dem Wortlaut des Vertrages zuwiderlaufenden Maßnahmen als Verstoß der deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden können. Sie fordern insofern,

die deutsche Regierung auf, die vorbezeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben, jedenfalls aber so, daß mit Inkraftsetzung des Vertrages die sogenannten Polizeitruppen auf die im Vertrag vorgesehene Stärke herabgemindert werden und einen ihrem Charakter als Orts- und Gemeindepolizei entsprechende Verfassung erhalten und Stäbe, die über die im Vertrag vorgesehene Zahl hinausgeschaffen sind, sowie Reserveorganisationen aufgelöst werden.

Hierzu wird folgendes von amtlicher deutscher Seite bemerkt:

Die Heeresstärke ist zurückzuführen auf das im Artikel 163 Absatz 2 des Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von 200 000 Mann. Sie ist, wie allgemein bekannt, in vollem Gange. Daß die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres angeichts der bedrohlichen inneren Verhältnisse Deutschlands genötigt sahen, durch die Einrichtung von Sicherheitspolizei, Einwohnerwehren und freiwilligen besonderen Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen, ist nicht nur ständiger Gegenstand der öffentlichen Erörterung, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden.

Zu einer von deutscher Seite angeragten Besprechung der Einzelheiten ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, in wie weit, die getroffenen Einrichtungen mit dem Friedensvertrage in Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird jedenfalls nach Einigung der im Friedensvertrag vorgesehenen Kontrollkommission gemäß den Vorschriften des Vertrages klargestellt sein. Es wäre nur erwünscht, wenn die Besprechungen darüber schon früher stattgefunden.

Nach einer Note vom Rat der Verbündeten ist eine neue Note an Deutschland beschlossen worden, in der die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen bis Ende Dezember verlangt wird.

Eine neue Friedenskonferenz. Nach einer Meldung der amerikanischen „Times“ aus Paris haben Frankreich, England und Italien beschlossen, eine neue Friedenskonferenz Mitte Januar einzuberufen. Die Vereinigten Staaten werden dabei wahrscheinlich nicht vertreten sein. Es sollen die türkischen und russischen Fragen und später verschiedene andere Dinge, die noch nicht erledigt werden konnten, verhandelt werden.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Wohlfahrt als Druckmittel. In Frankfurt a. M. ist eine Bewegung im Gange, die mit aller Energie und dem Zusammenwirken vieler Kreise einen starken Boykott französischer Kriegsgüter und solcher Geschäfte, die französische Waren führen, solange durchführen will, bis die französische Regierung den letzten deutschen Kriegsgefangenen herausgegeben hat.

Deutschland.

Die Reichstagswahlen sollen, wie die R. S. von zuständiger Seite erzählt, im April nächsten Jahres stattfinden.

Die Ueberführung der Bahnen in Reichseigentum. Nach einer Meldung der Zeit. Ztg. aus Berlin haben die einzelstaatlichen Regierungen einschließlich Preußens und Sachsen sich infolge der kürzlich abgehaltenen Vorbesprechungen damit einverstanden erklärt, daß die Staatsbahnverwaltung nicht erst am 1. April 1921, wie in der Verfassung vorgesehen, sondern schon am 1. April 1920 auf das Reich übergehen.

Zum Fall Elzard. Gegen den Kaufmann Georg Elzard ist, wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, bei der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden wegen Vergehens gegen die Paragraphen 81 und 112 des Strafgesetzbuches (Hochverrat). Wie bereits berichtet, stand Elzard vor der Revolution zusammen mit seinem Freund Helfand-Barons im Nachrichtenbüro der Regierung. Nach Ausbruch der Revolution leistete er den Regierungsmilitärs Ekelmann und Kossel Dienste. Er hatte die Verpflegung der Truppen, insbesondere des Regiments Reichstags, übernommen sowie die Gründung einer der Regierung dienstbaren Wache- und Schützengesellschaft. Unter Ausnutzung dieses Vertrauensverhältnisses veranlaßte Elzard während des Aufstandes der Unabhängigen im Januar den Kommandanten der Truppe Reichstag zu veranlassen, die Regierung den Gehorsam zu versagen, sich an etwa erforderlichen Kämpfen gegen Aufständische nicht zu beteiligen und neutral zu bleiben und unter Umständen auch den Aufständischen Waffen und Munition zu liefern. Diese Verhandlungen zerschlugen sich. Elzard wird aber auf Grund dieser Vorverurteilung des Hochverrats gegen die damalige und noch heute zu Recht bestehende Regierung beschuldigt.

Aus Provinz und Nachbargebieten

1: Der Mittagsspaß nachwärts, ab 12 21 Uhr, ab 12 01 Uhr ab 1,16 Uhr fährt wieder. Dagegen ist demnächst lahnau gehende Zug noch nicht wieder eingesetzt worden.

2: Miffelberg, 5. Dez. Bei der Bürgermeisterwahl wurde unser bisheriger Bürgermeister Christian Kreidel einstimmig wiedergewählt.

3: Frankfurt a. M. 3. Dez. Durch die Frankfurter Bahnpolizei wurden drei Eisenbahnarbeiter aus Gr. Karden ermittelt, die systematisch auf dem Frankfurter Altbahnhof Eisenbahnwagen beraubt und das Diebstahl dann an Schleichhändler verkauft hatten.

4: Frankfurt a. M. 3. Dez. Der Chef der deutschen Wache, Befehlshaber Preußen, General Reinhardt, Berlin, weilte in Frankfurt und nahm auf dem Hof der Guttenkaserne eine Besichtigung des Garde-Landwachtbataillons vor. Nach einem Vorbeimarsch des Bataillons, an dessen Spitze die Reichswehrtruppe mit dem Gardehelfer auf schwarzem Grunde mitgeführt wurde, mußte der General die einzelnen Kompanien, wobei er die Feldzugsteilnehmer in herzlichster Weise begrüßte.

Der Antrag der Demokratischen Fraktion über Namensänderung der Haltestelle Lindenbach lautet: Der Magistrat wolle die nötigen Schritte bei den zuständigen Stellen baldmöglichst tun, für die Haltestelle Lindenbach eine Namensänderung in „Station Bad Ems-Weitz“ zu befordern, da die seitherige Benennung in keiner Weise der geographischen Lage und Verkehrsbedeutung des Bahnhofes entspricht. Insbesondere hat die falsche Benennung sei. Verlehen der Station zu Missverständnissen des ortsunkundigen Reisepublikums und insolge dessen zur langwieriger Missimmung in den weitesten Kreisen der Bürgerchaft geführt. — Stadtr. Werner (Dem.) führte zur Begründung aus, daß 80 Prozent der Emser Bürger den Antrag freudig begrüßen. Er wies ferner auf die Vorteile der nach Ems kommenden Geschäftsreisenden und Personen hin die auf dem Umwege nicht zu tun haben, wenn sie wissen, daß der Bahnhof zur Stadt Bad Ems gehört. Stadtr. Fischer (Dem.) reagierte, daß bei dieser Gelegenheit versucht werden solle, die Schreibweise „Bad-Ems“, also mit Bindestrich, durchzusetzen. Die Kurinteressenten werden durch die Umbenennung nicht geschädigt. Stadtr. Bleichrodt (Egl. Bg.) erinnerte daran, wie der Bahnhof Lindenbach als ganz am Rande der Bürgerchaft des unteren Stadteils gewagt worden ist, nachdem das Werk den Platz hergezogen hätte. Die obere Stadt wird keinen Schaden haben. Man solle endlich den langgehegten Wunsch erfüllen. Stadtr. Kaffine (Zog.) und Sanner (Str.) erklärten die Zustimmung ihrer Parteien zu dem Antrag. Die Stadtr. Schmitt (Sp.) und Ludwig (Egl. Bg.) empfahlen aus praktischen Rücksichten den Bahnhof „Bad Ems-Lindenbach“ zu nennen, worauf Stadtr. Kaffine 2 (Zog.) erwiderte, daß dann der Hauptbahnhof „Bad Ems-Weitz“ heißen müßte, während Stadtr. Denche (Dem.) auf die Frequenzzahlen hinwies. — Der Antrag wurde angenommen.

Ph. Wissing, Diez a. d. L.
Friseurgeschäft. (79)

G. m. b. H. Andernach. [77]

Gutes Orchester.

NIEDERNEISEN, im Dezember 1919.

Pattensen (Leine)
1919.

in Gorhausen lagernd, zu verkaufen. Angebote unter
 L. 412 an die Geschäftsstelle der Bg. [791]

4-6 oder 6 Zimmer zu
mieten gesucht, oder
Häuser oder Villa
zu kaufen gesucht. Angebote
unter N. 414 an die G.
Schiffahrt erheben. (788)

sofort gesucht. [781
Dampfbäderei **Reinhard**,
Diet.

Besonders empfehle extra hohe Damenstiefel in schwarz
Chevreaux mit Lackkappen und braun mit Lackbesatz.

Der Vorstand.

Befreiung sof. rt. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. umsonst.
Josef Kistler-Reicherthausen a. Elm 9a 0809

Heinrich Josef Wagner,
Kürschnerei,
Limburg a.L., Bahnhofstr. 21, Fernsprecher 132

[illegible]